

# ÖKOSTEUERNEWS 20 – MAI 2003

---

## NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

**FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.**

**GREEN BUDGET GERMANY**

Briener Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>  
Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 [foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de)

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.  
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.\*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer  
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000).

\*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung  
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

ISSN 1611-4035

---

### Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL .....	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND .....	3
3.	ÖSR-DISKUSSION INTERNATIONAL .....	6
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER .....	8
5.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE .....	12
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND .....	12
7.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL.....	15
8.	SERVICE: JOBS.....	19
9.	SERVICE: LINKS .....	19
10.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN.....	20
11.	FÖS: IN EIGENER SACHE .....	23

---

## 1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

### *Liebe Freunde der Ökosteuer und Leser des ÖSN,*

Im Juni wird es dieses Jahr eine kleine „Sommerpause“ geben: da die beiden Geschäftsführer an der Welt-ökosteuerkonferenz in Sydney teilnehmen, können wir leider im Juni keinen Newsletter herausgeben. Umso mehr werden wir uns bemühen, im Juli eine interessante und umfassende Ausgabe zusammenzustellen, in der wir natürlich auch über die Konferenz berichten werden.

Wir möchten Sie gern schon jetzt auf eine Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie und des Fördervereins Ökologische Steuerreform aufmerksam machen:

***Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft***

**Am 11.09.03 10:00 bis 17:00 im Umweltbundesamt in Berlin**

Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. und des Fördervereins Ökologische Steuerreform zum „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ im Umweltbundesamt.

Anmeldungen an: Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Bonn, Geschäftsstelle: Siemensring 54, 76761 Rülzheim, Tel. 07272/3648 Fax 07272/76612, <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u-Demo@t-online.de>, <http://www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de>

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!  
Ihr FÖS-Team

***Sehr geehrte Damen und Herren, liebe MitstreiterInnen  
für eine Ökologische Steuer- und Finanzreform,***

macht Not nicht nur erfinderisch, sondern bringt sie die Bundesregierung auch auf den richtigen (Ausgaben-) Kurs? Das sich in seinen kaum erahnten Dimensionen öffnende Finanzloch, das die Steuer-schätzung in der letzten Woche ausgemacht hat, lässt dies zumindest hoffen. Nachdem der erste Schock vorbei ist, kann man dem Finanzloch auch etwas Positives abgewinnen. Denn es bringt den notwendigen Druck zur strukturellen Sanierung der Finanzen mit sich, ohne den leider manches Unangenehme politisch nicht durchsetzbar ist.

Zwar waren im Steuervergünstigungsabbaugesetz bereits gute und richtige Ansätze enthalten. Geseitert sind diese jedoch erst einmal an der Opposition im Bundesrat. Selbst SPD-Länder waren offenbar nicht ernsthaft bereit, sich hinter den Reformansatz der Regierung zu stellen. Doch die Länder sind in der Pflicht, so zumindest die Zusage der Ministerpräsidenten von Hessen und Nordrhein-Westfalen, Koch und Steinbrück. Sie wollen die Subventionen um zehn Prozent in den nächsten drei Jahren kürzen. Das ist ein ehrgeiziges, aber gleichwohl absolut notwendiges Unterfangen. Um so verständlicher ja auch, dass der Ansatz im Steuervergünstigungsabbaugesetz erst einmal abgelehnt worden ist - getreu dem Motto: Der Feind des Guten ist das Bessere. Gerade die ostdeutschen Länder haben ein starkes Interesse daran, die Eigenheimzulage zu beschränken. Mindestens dieser Ansatz dürfte also bald wieder auf die Tagesordnung gelangen. Und ob da das Rasenmäherprinzip bei der

Subventionskürzung wirklich so hilfreich ist, darf bezweifelt werden.

In jedem Fall muss jetzt von Bundesseite die Chance genutzt werden, um im eigenen Haushalt eine klare Reduktion der Ausgaben umzusetzen. Neben den nach wie vor zu umfangreichen Ausgaben für Straßenbauinvestitionen sind insbesondere die Steinkohlesubventionen ein Relikt. Bergbaukumpels liegt an einer klaren Perspektive. Diese sollte ihnen gewährt werden - bis 2010, aber kein Jahr darüber hinaus. Es sind von ehemals weit über 200.000 noch gut 40.000 Jobs in 2003, so dass dieser Zeithorizont keine Unzumutbarkeit darstellt. Bedenkt man einmal, dass sonstige Branchen auch in kürzerer Frist mitunter mehr Menschen in die Beschäftigungslosigkeit entlassen. Zum anderen sind zum Beispiel in der Branche der Erneuerbaren Energien rund 130.000 Leute beschäftigt - Tendenz klar steigend. Dieser Strukturwandel muss folglich im Sinne von Klimaschutz und Finanzen stattfinden. Weit von Wahlkampfzeiten entfernt sollte die Regierung den Mut aufbringen, jetzt die Eckpfeiler bis 2010 festzulegen und die Subventionen bis dahin sukzessive auf Null zurückzuführen. Nur so können Haushalt und Ökologie wieder ins Gleichgewicht gelangen. Tabus darf es eben nicht geben, wie einige Politiker betonen.

Doch einige haben das Gespenst einer Mehrwertsteuererhöhung aufgeweckt. Eine solche Erhöhung wäre aber nicht nur Gift für die schwache Binnennachfrage und Konjunktur, sondern sie wäre

ökologisch blind und würde den politischen Druck für echte Reformen auf der Ausgabenseite mildern. Genau dieser Druck stellt jedoch die Chance für die Durchsetzung wesentlicher Elemente einer Ökologischen Finanzreform dar. An der Ausgabenseite muss jetzt angesetzt werden, sonst wird man in Kürze noch größere Finanzlöcher entdecken, die um so kurzfristigere und noch härtere Maßnahmen erfordern. Und vor so einem Spuk graut einem erst

recht.

In diesem Sinne wünscht der Förderverein Ökologische Steuerreform der Bundesregierung und den politischen Parteien den Mut und die Kraft notwendige Reformen endlich anzupacken und jetzt auch umzusetzen.

Ihr Kai Schlegelmilch, Stellvertretender FÖS-Vorsitzender

## 2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

### *Fördermöglichkeiten im KfW-Programm werden durch Ökosteuern ausgeweitet*

(Gemeinsame Pressemitteilung BMVBW/BMU /KfW, Berlin, 6. Mai 2003) Die Bundesregierung stellt zusätzlich 160 Millionen Euro jährlich für Klimaschutz-Maßnahmen im Gebäudebereich bereit. Damit werden die Fördermöglichkeiten in diesem Bereich erheblich erweitert. U. a. wird die Förderung der erneuerbaren Energien ausgebaut und der Austausch von Kohle-, Öl- und Gasöfen künftig als Einzelmaßnahme gefördert. Die Gelder werden von der KfW vergeben. Der Vertrag zwischen der Bundesregierung und der KfW wurde heute unterzeichnet.

Die Bundesregierung stellt seit 2001 im Rahmen ihres Klimaschutzprogramms insgesamt 1 Mrd. Euro Haushaltsmittel bis 2005 für Klimaschutzmaßnahmen im Wohngebäudebestand bereit. Mit diesen Mitteln bietet die KfW über das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm langfristige, zinsgünstige Darlehen für Investitionen zur CO<sub>2</sub>-Minderung und zur Energieeinsparung in Wohngebäuden an. Bisher konnten mehr als 27.000 Kredite mit einem Volumen von über 1,4 Mrd. Euro vergeben werden. Aus dem Aufkommen der Ökosteuern werden nun zusätzlich 160 Mio. Euro jährlich bereitgestellt, damit stehen bis 2005 pro Jahr 360 Mio. Euro zur Verfügung.

Bundesbauminister Manfred Stolpe: "Ein wesentliches Element der neuen Fördermöglichkeiten - die Erreichung des Niedrigenergiehausniveaus im Bestand - wird nachhaltige und zielgerichtete Sanierungen des Altbaubestandes in Gang bringen. Unser Ziel ist es, dass diese Gebäude zukünftig nicht mehr Energie verbrauchen als moderne Neubauten. Darüber hinaus setzen wir neue Akzente für den Aus-

tausch veralteter Heizungen, die Ausstattung von Altbauten mit modernen Heizsystemen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen und für ökologisch sehr anspruchsvolle Neubauten."

Bundesumweltminister Jürgen Trittin: "Im Gebäudebereich gibt es ein großes Potenzial für die Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Mit den neuen Fördermöglichkeiten wird der Klimaschutz in diesem Bereich erheblich verbessert. Das Gebäudesanierungsprogramm dient nicht nur dem Klima, sondern schafft und sichert dauerhaft auch Arbeitsplätze im Baugewerbe und Handwerk. Klimaschutz wird immer mehr zu einer Jobmaschine. Mit der Bereitstellung von Mitteln aus dem Aufkommen der Ökosteuern geben wir das Geld an die Bürgerinnen und Bürger zurück. Damit kann jede und jeder spüren, dass Energiesparen auch dem eigenen Portemonnaie zugute kommt."

KfW-Vorstandsmitglied Ingrid Matthäus-Maier: "Mit der Ausweitung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms können wir jetzt noch intensiver als bisher fördern - und so einen wichtigen Beitrag leisten, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland nachhaltig zu reduzieren und außerdem spürbare Impulse für den Arbeitsmarkt zu geben. Ab sofort können Modernisierer ihre Anträge über die jeweilige Hausbank an uns stellen."

#### **Die Ausweitung des Programms umfasst folgende Förderkomponenten:**

- Bei der energetischen Sanierung von vor 1979 errichteten Wohngebäuden, die das Ziel hat, denselben zulässigen Primärenergiebedarf wie bei Neubauten nach der Energieeinsparverordnung zu erreichen, kann

- künftig eine Teilschuld in Höhe von 20 Prozent der Darlehenssumme erlassen werden.
- Der Austausch von Heizungen (Gas-, Öl- und Kohleeinzelöfen, Kohlezentralheizungen sowie Nachtspeicherheizungen) und der Ersatz von alten Standardkesseln durch Brennwertkessel in Kombination mit Solar Kollektoranlagen werden als Einzelmaßnahme gefördert.
  - Die Errichtung oder der Ersterwerb von KfW-Energiesparhäusern 40 (d. h.: Jahresprimärenergiebedarf nicht mehr als 40 kWh/m<sup>2</sup>) einschließlich Passivhäusern wird gefördert (Energiesparhaus 60 wird weiterhin im KfW-Programm zur CO<sub>2</sub>-Minderung

gefördert).

- Verbesserte Förderung (im Maßnahmenpaket 4) für Maßnahmen, die eine jährliche CO<sub>2</sub>-Einsparung zwischen 30 und 35 kg/m<sup>2</sup> bzw. zwischen 35 und 40 kg/m<sup>2</sup> Gebäudenutzfläche erbringen.

Interessenten können ihre Anträge für das Programm ab sofort bei der Hausbank stellen.

Informationen und Programmdetails erhalten sie zum Ortstarif unter der Telefonnummer 01801/33 55 77 (Informationszentrum) oder im Internet unter <http://www.kfw.de>. Außerdem ist die kostenlose Berechnung der Energieverbrauchsanzahl von Wohngebäuden auch unter dem im Auftrag der KfW entwickelte Internetberater <http://www.co2online.de> möglich.

### ***DIHT: Ein Teil der doppelten Dividende gescheitert***

(Christoph v. Knobelsdorff, Thema der Woche, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, 11. 04. 2003). **These** Die Quersubventionierung mit Steuermitteln kann den demografisch bedingten Anstieg des Rentenversicherungsbeitrages nicht dauerhaft aufhalten.

**Das Konzept** Die Ökosteuer schien das Ei des Kolumbus zu sein: Durch die Verteuerung von Energieverbrauch sollten die Menschen schonender mit den natürlichen Ressourcen umgehen. Gleichzeitig sollte mit den Ökosteuermilliarden ein Teil der Ausgaben der Rentenversicherung finanziert werden, wodurch der Rentenversicherungsbeitrag sinken und der Faktor Arbeit verbilligt würde.

**Keine doppelte Dividende** Zumindest der eine Teil der „doppelten Dividende“ wurde nicht erzielt: Obwohl die Ökosteuererinnahmen im Jahr 2003 auf insgesamt 18,8 Mrd. Euro ansteigen, musste der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,1 auf 19,5 % erhöht werden. Die Umfinanzierung der Rentenversicherungsleistungen mit Steuermitteln ist an ihre Grenze gestoßen. Die Quersubventionierung der Rentenversicherung durch die Ökosteuer in den vergangenen Jahren konnte den wahren Reformbedarf nur vorübergehend verschleiern.

**Wachsender Bundeszuschuss** Schon die schwarz-gelb geführte Bundesregierung hat sich dieser Methode bedient: Im Jahr 1997 hat sie die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt angehoben, um einen Anstieg des Rentenversicherungsbeitrages

von damals 20,3 auf 21 % zu verhindern. Damals argumentierte man, die Höhe der so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherung rechtfertige eine höhere Steuerfinanzierung. Dieses Argument ist heute entfallen. Die versicherungsfremden Leistungen betragen im Jahr 1995 34,3 % des Rentenvolumens der Arbeiter und Angestellten. Der Bundeszuschuss hatte damals „nur“ einen Anteil von 20 % des Rentenvolumens. Durch die seitdem erfolgten Erhöhungen des Zuschusses, vor allem durch die Ökosteuer, erreicht er im Jahr 2003 einen Anteil von 33,38 % des Rentenvolumens der Arbeiter und Angestellten. Mit versicherungsfremden Leistungen lässt sich ein weiterer Anstieg der Steuerfinanzierung also nicht rechtfertigen.

**Ungleichgewicht zwischen Gebern und Empfängern** So kann es nicht weitergehen. Mit der Umfinanzierung aus Steuermitteln wurde nur der Reformdruck temporär verringert. Das Problem der Rentenversicherung ist die demografische Entwicklung: Immer mehr Leistungsempfänger stehen immer weniger Beitragszahlern gegenüber. Nachdem eine weitere Erhöhung des Rentenbeitragssatzes wegen einer weiteren Verteuerung des Faktors Arbeit ebenso ausscheidet wie eine zusätzliche Steuerfinanzierung, bleiben nur noch zwei Stellschrauben: Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters und deutliche Senkung der gesetzlichen Rente. Die Wahrheit liegt auf dem Tisch - herummogeln geht nicht mehr.

Den Original-Artikel finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/inhalt/informationen/news/wochenth>

[ema/11042003.pdf](#)

### ***Staat kassiert weniger Mineralölsteuer***

(Stuttgarter Zeitung 26.04.2003) Trotz der neuen Ökosteuerstufe Anfang des Jahres hat sich das Mineralölsteuer-Aufkommen stark abgeschwächt. Dem Bund flossen im ersten Quartal nur 4,88 Milliarden Euro aus dieser Abgabe zu. Das waren 14,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Dies geht aus dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums vom 25.04.2003 hervor. Für das Gesamtjahr ist bei der Mineralölsteuer dagegen ein Zuwachs um 6,9 Prozent auf 45,1 Milliarden geplant.

Insgesamt blieben die Steuereinnahmen für Bund, Länder, Gemeinden und EU-Kasse mit 89,1 Milliarden Euro um 2,9 Prozent hinter den Ergebnissen des ersten Quartals 2002 zurück. Darin noch nicht enthalten sind die kommunalen Gewerbe- und

Grundsteuern. Die öffentlichen Haushalte gehen für das Gesamtjahr von einem Steuerzuwachs von 4,5 Prozent aus. Finanzstaatssekretär Volker Halsch sagte: "Die öffentlichen Haushalte stehen unter Konsolidierungsdruck." Der Bund musste mit 37,6 Milliarden Steuern ein Minus von 4,2 Prozent verkraften. Die Länder verbuchten mit 41,1 Milliarden einen Verlust von 1,6 Prozent, die Gemeinden mit 4,9 Milliarden Anteil an den Einkommen- und Umsatzsteuern ein Minus von 5,5 Prozent.

Den Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums finden Sie unter:

[http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage18161/Monatsbericht\\_BMF\\_0403\\_gesamt.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage18161/Monatsbericht_BMF_0403_gesamt.pdf)

### ***Unionsländer setzen Bedingungen***

(Stuttgarter Zeitung 2.5.2003) Die von der Union regierten Länder wollen im Bundesrat der geplanten Lkw-Maut auf Autobahnen nur zustimmen, wenn die Einnahmen für Verkehrsinvestitionen genutzt werden.

Das Geld dürfe auf keinen Fall zum Stopfen von Löchern im Bundeshaushalt verwendet werden, sagte Baden-Württembergs Verkehrsminister Ulrich Müller (CDU) in einem Interview der Fachzeitschrift "trans aktuell".

Weitere Bedingung für die Zustimmung in der Länderkammer sei eine stärkere Entlastung für heimische Verkehrsunternehmen. Die von der rot-grünen Bundesregierung vorgesehenen 300 Millionen Euro zur Verbesserung der Wettbewerbschancen deutscher Spediteure reichten nicht aus, sagte Müller. Der Betrag müsse verdoppelt werden.

Auf deutschen Autobahnen sollen künftig alle Lastwagen mit einem Gewicht von mehr als 12 Tonnen durchschnittlich 15 Cent pro Kilometer zahlen. Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe (SPD) strebt die Einführung der Maut ab Ende August an. Nach den bisherigen Plänen soll der Bundesrat am 23. Mai über die Lkw-Maut beraten.

"Die Bundesregierung muss wissen: Sie bekommt unser Ja bei den Mautverordnungen nur, wenn die Zweckbindung wie von uns gewünscht geregelt wird", sagte Müller dem Fachblatt für Transportun-

ternehmer. Der Minister koordiniert die Haltung der unionsregierten Länder in dieser Frage. Er äußerte große Zweifel, ob der von Stolpe angestrebte Fahrplan zu halten sei.

Zahlreiche Fragen, wie etwa die Genehmigung der EU zu möglichen Ausgleichsregelung für deutsche Spediteure, seien noch offen, sagte Müller. Sollte beispielsweise zum Ausgleich die Kfz-Steuer für inländische Fuhrunternehmen gesenkt werden, müssten 16 Landesregierungen zustimmen. "Mir ist schleierhaft, wie am 23. Mai das Bundesratsplenum abschließend Ja gesagt haben soll." Als Kompensation für die Belastungen der deutschen Transportfirmen komme unter anderem die Senkung der Maut für alle, die hier zu Lande tanken, in Betracht. Möglich sei auch die Reduzierung der letzten Stufe der Ökosteuer für Diesel tankende Lastwagen oder eine Erstattung der Mineralölsteuer, wie sie Frankreich oder Italien bis 2005 von der EU genehmigt bekommen hätten.

Am Mittwoch hatte die EU-Kommission den Unternehmen DaimlerChrysler und Deutsche Telekom grünes Licht gegeben für die Erfassung der künftigen Lkw-Maut. Zugleich wurden aber in Brüssel rechtliche Bedenken gegen die Einführung der Abgabe und gegen die geplanten Ausgleichsmaßnahmen für das deutsche Transportgewerbe laut.

### 3. ÖSR-DISKUSSION INTERNATIONAL

#### ***BMU: Durchbruch nach mehr als einem Jahrzehnt Verhandlungen***

Nach fast elf Jahren der Verhandlung zu insgesamt drei Vorschlägen der EU-Kommission zur Energiebesteuerung ist am 21. März 2003 der EU endlich der Durchbruch gelungen: Die 15 EU-Finanzminister haben sich auf EU-weit gültige Mindeststeuersätze für nahezu alle Energieprodukte geeinigt. Damit ist ein erster wichtiger Schritt gelungen, jedoch müssen

wesentlich größere Schritte folgen, um Umwelt- und Klimaschutz stärker voranzubringen.

Der vollständige Artikel steht als Leseprobe der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift "Umwelt" zum

Download unter: [http://www.foes-ev.de/downloads/bmu\\_leseprobe\\_zeitschrift\\_umwelt.pdf](http://www.foes-ev.de/downloads/bmu_leseprobe_zeitschrift_umwelt.pdf)

#### ***Österreich: Umweltthemen im Regierungsprogramm***

Die österreichische Bundesregierung hat in Ihrem Regierungsprogramm 2003-2006 die Energiepolitik in Richtung erneuerbarer Energieträger ausgerichtet und eine ökologische Steuerreform angekündigt. Wir stellen die relevanten Passagen zusammen:

- Ökologisierung des Steuersystems:
  - Einher gehend mit der Fortsetzung der Budgetkonsolidierung, der Senkung der Abgabenquote und der Senkung der Lohnnebenkosten – Ökologisierung des Steuersystems (im Rahmen der Steuerreform)
  - Weiterentwicklung der Besteuerung der fossilen Treib- und Brennstoffe im Lichte der europäischen Entwicklungen, sowie der verkehrsbezogenen Steuern und Abgaben. Erneuerbare Energieträger sollen begünstigt und die Erreichung des Kyoto-Ziels in allen Bereichen optimal unterstützt werden.
  - Initiative auf EU-Ebene zur verpflichtenden Einführung von Dieselpartikelfiltern oder gleichwertiger technischer Maßnahmen zur Feinstpartikelreduktion. Unterstützung auf nationaler Ebene durch Anreize (z.B. NOVA).
  - Forcierung der raschen Einführung von schwefelfreiem Treibstoff und Setzung entsprechender steuerlicher Maßnahmen (MÖSt).
- Klimaschutz:
  - Die nationale Klimastrategie ist rasch und unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und sozialer Gesichtspunkte umzusetzen. Entsprechend dem Finanzbedarf und der Finanzstruktur der Klimastrategie werden in den Jahren 2004 bis 2006 die Budgetmittel um je 30 Mio Euro aufgestockt (+90 Mio Euro in 2006).
  - Thermisch-energetische Maßnahmen im Wohnhausbereich sind vor allem durch entsprechende Umschichtungen innerhalb der Wohnbauförderung zu forcieren.
  - Etablierung eines Systems des Emissionshandels im europäischen Gleichklang. Auch der Ankauf von Emissionsreduktionen im Rahmen der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (JI/CDM-Programm) soll einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Kyoto-Ziels leisten. Schaffung der gesetzlichen Grundlage durch Verankerung im UFG.
  - Nationales Programm für die Klimaforschung und das Klimamonitoring.
- Forcierung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz:
  - Biomasseeinsatz bis 2010 um 75% erhöhen
  - Verbesserung Energieintensität (Energieverbrauch pro BIP-Einheit) um 1,6% p.a. und Steigerung Anteil erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch um 1% p.a. gemäß Nachhaltigkeitsstrategie.
  - Der Ökostromanteil soll bis 2008 auf 78,1 % gesteigert werden.
  - Zur Förderung biogener Treibstoffe sind der Mineralölwirtschaft Quoten analog dem EIWOG vorzuschreiben.

- Anhebung Plafondierung Photovoltaik im Rahmen der gegebenen Gesamtdeckung noch 2003.
- Prüfung Fördersystem für Einspeisung Biogas analog Ökostromgesetz. Forschungsprojekt zu notwendigen Qualitäten und Pilotprojekte.
- Contracting-Programm zur Energieeinsparung bei Bundesgebäuden (Fortführung und Ausweitung auf private Dienstleistungsgebäude).

Weitere Informationen:

<http://www.austria.gv.at/regierungserklaerung.pdf>

<http://www.foes-ev.de/news19/3artikel1a.html>

### **Österreich: Ökosteuer als Ökoschmäh?**

(Thomas Ritt, Wirtschaft & Umwelt 1/2003) Es gibt einige Konzepte, die in der Vergangenheit unter Ökologisierung des Steuersystems diskutiert wurden. Die zwei häufigsten waren Steuern, deren Höhe nach ökologischen Kriterien bemessen wurden und deren Erträge entweder für ökologische Zwecke oder für den Abtausch mit Lohnnebenkosten verwendet wurden.

Beide grundsätzliche Positionen haben Vor- und Nachteile. Die Regierung plant davon aber völlig ungerührt eine dritte Version der „Ökosteuern“ einzuführen: Die ökologische Wirkung ist völlig egal, und die Gestaltung der Abgaben richtet sich danach, dass Industrie und Spediteure nicht getroffen werden, aber dafür die Intensivlandwirtschaft profitiert. Im Endeffekt ist mit einer deutlichen Verschlechterung der Umweltsituation zu rechnen. Das ist ja nun wirklich neu und innovativ: „Zahlen für schlechte Umwelt!“

Im Regierungsübereinkommen sind ca. 400 Millionen Euro an Steuern auf diverse Energieträger und Treibstoffe vorgesehen.

Positive Umweltwirkungen sind von diesen Energiesteuern keine zu erwarten: Um allgemein, etwa bei den Haushalten, über den Preis zu wirken, sind die Erhöhungen viel zu gering. Gleichzeitig sind weite Bereiche, wo geringe Erhöhungen deutliche Energiesparwirkung hätten, nämlich die Industrie, durch die vorhandene und nicht veränderte Deckungsregelung praktisch ausgenommen. Und weil das noch nicht reicht, werden auch noch viele Kleinlastwagen vor teurerem Diesel geschützt.

Mögliche positive Klimawirkungen könnten auch über eine entsprechende Verwendung der Mittel er-

reicht werden. Würden die Erträge der Steuern etwa für zusätzliche Förderung der Wärmedämmung oder der Fernwärme oder für den Betrieb und Ausbau des öffentlichen Verkehrs verwendet, könnten deutliche Klimaschutzeffekte erreicht werden. Das ist jedoch nicht vorgesehen, offensichtlich wird das Geld woanders verfliegen.

Und da bisher die Intensivlandwirtschaft noch nicht profitiert hat, wird in gleichem Atemzug die Senkung des Dieselpreises für die Landwirtschaft vereinbart. Merke: „Nur CO<sub>2</sub> aus dem Traktor ist gutes CO<sub>2</sub>!“

Und weil das noch nicht genug zusätzliche Umweltbelastung erzeugt, wird verklausuliert, aber doch deutlich, die Rapsdieselbeimischung beschlossen. Es passt in das Bild, dass das mit dem Biodiesel nur ein Ökoschmäh mit integrierter Intensivlandwirtschaftsförderung ist: Durch Biodiesel kommt es zu keiner CO<sub>2</sub>-Reduktion, dafür aber über Monokulturanbau zu Schäden im Ökosystem und Grundwasser. Zudem besteht die Gefahr, dass der nötige Raps sowieso importiert wird und dadurch nur Landwirtschaftsimporte subventioniert werden.

Der einzige sinnvolle Einsatzort für Rapsdiesel, wo seine Eigenschaft als biologisch abbaubarer Treibstoff voll zu tragen kommt, ist in unvermischter Form im Traktor. Auch hier besteht kein positiver Beitrag zum Treibhauseffekt, aber wenn dieser Diesel auf unbefestigten Wegen oder Feldern ausrinnt, richtet er keinen Schaden an, weil er biologisch abbaubar ist.

Aber dort, in seiner sinnvollen Verwendung, hat er keine Chance, weil da schon der durch die Regierung verbilligte Agrardiesel eingefüllt wird.

### ***U.N. urges Asia to tax polluters, lend to clean firms***

The United Nations wants Asian governments to tax polluters and give cheap loans to help factories become more green, according to a paper released on Monday.

The United Nations Environment Programme (UNEP) said in a report released in Bangkok that Asia now had more consumers earning more than \$7,000 a year than Western Europe and North

American combined.

"It is clear that the Earth's natural ecosystems will not cope with the style of industrialisation and over-consumption seen in Europe or North America," Shafqat Kakakhel, UNEP deputy executive director, said in a statement accompanying the report. "The region's economic development agenda needs to be

coupled with clean production processes and sustainable consumption patterns."

UNEP's report will be up for discussion at a meeting of Asian government officials and business representatives in Yogyakarta, Indonesia, on Wednesday to promote sustainable consumption and production (Reuters, 20 May 2003).

## 4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

### *Climate Ticket – der Versuch, Flugemissionen zu kompensieren*

Der Mensch hat ein natürliches Bedürfnis nach Mobilität: Sowohl der Geschäftsflug, als auch die Freizeitreise in eine neue Welt zur Pflege der Sinne und Gedanken sind von unserer Lebensweise nicht mehr wegzudenken. Dennoch stellt der Flugverkehr eine schwere Belastung für unsere Umwelt und speziell unser Klima dar.

Anfang 2002 standen 9 Studierende der ETH Zürich in der Vorbereitung für eine Nachhaltigkeitskonferenz in Costa Rica. „Die Teilnahme an der Konferenz war uns sehr wichtig, aber wir flogen nur ungern so weit, ohne etwas gegen unsere Klimabelastung zu unternehmen. So entschlossen wir uns, Initiative zu ergreifen und unsere eigenen Flüge mit einem geeigneten Projekt zu kompensieren. Wir konnten auch 10% der Konferenzteilnehmenden dazu gewinnen, ihren Beitrag zu leisten und CLIMATE TICKETS zu kaufen. Vor Ort an der Gastschule stellten wir in Zusammenarbeit mit den lokalen Studierenden unser erstes Kompensationsprojekt auf die Beine. Zurück in der Schweiz merkten wir, dass es damit nicht getan war. Wir wollten diese Möglichkeit der Kompensation Gleichgesinnten ermöglichen und gründeten den Verein myclimate.“

#### **Was ist das Ziel von myclimate?**

Eine neue Form von Mobilität – eine nachhaltige Mobilität – ist unsere Vision. Wir möchten die Bevölkerung auf die wachsende Relevanz, die der Flugverkehr für unser Klima darstellt, aufmerksam machen und somit auch auf das persönliche Verhalten Einfluss nehmen. Wir möchten, dass Menschen ihre Entscheidungen bewusst und mit Hintergrundwissen treffen und dafür Eigenverantwortung übernehmen. Konkret bieten wir mit CLIMATE TICKET eine Möglichkeit, auf privater Basis ein

Zeichen zu setzen und einen ersten Schritt zu einem klimaverträglicheren Flugverkehr zu unternehmen. Wir hoffen durch dieses Vorgehen, auch schrittweise zu einer internationalen, politischen Lösung beizutragen.

#### **Warum konzentriert sich myclimate auf den Flugverkehr?**

Beträchtliche 19% der Klimabelastung einer Durchschnittsschweizerin sind auf den Flugverkehr zurückzuführen. Diese erschreckend hohe Zahl ist im Wachstum begriffen – Schätzungen sagen eine Verdopplung der Flugkilometer innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahren voraus. Darüber hinaus hält der Flugverkehr in vieler Hinsicht eine Sonderstellung inne. Bestrebungen auf internationaler (Kyoto Protokoll) wie schweizerischen (CO<sub>2</sub>-Gesetz) Ebene, die Klimaveränderung anzugehen, schliessen beide den internationalen Flugverkehr aus. Zudem wird Kerosin im Gegensatz zu den meisten anderen Treibstoffen nicht besteuert. Trotzdem wird dieses Thema von Gesellschaft und Politik nicht beachtet.

#### **Was sind die Vorteile von CLIMATE TICKET?**

Die Erträge der CLIMATE TICKETS kommen nicht nur dem Klimaschutz zugute, sondern leisten zusätzlich einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

#### **Wie kann ich einen Beitrag leisten?**

Wenn Sie Ihre Flüge nicht vermeiden können oder wollen - kompensieren Sie ihre Emissionen. Setzen Sie ein Zeichen und kaufen Sie bei jedem Flug ein CLIMATE TICKET.

#### **Wie wird genau meine Klimabelastung kompensiert?**

Durch Ihren Flug verursachen Sie Treibhausgas-



emissionen, welche unser Klima beeinflussen. Mit Ihrem CLIMATE TICKET unterstützen Sie nachhaltige Energieprojekte. Das sind Projekte, die Energieeffizienz steigern oder erneuerbare Energie fördern. Beispielsweise werden durch Ihren Beitrag fossile Brennstoffe durch Solarenergie ersetzt. Das bedeutet, dass diejenige Menge an Treibhausgasen, die Sie durch Ihren Flug verursachen, in einem unserer Projekte eingespart werden. Wie werden diese Projekte ausgewählt? Wir möchten, dass unsere Projekte Treibhausgase reduzieren und zusätzlich zu einem wesentlichen Teil eine nachhaltige Entwicklung fördern. Dafür wird jedes unserer Projekte zuerst durch strenge Nachhaltigkeitskriterien geprüft.

### **Investiert CLIMATE TICKET in Aufforstungsprojekte?**

Wachsende Bäume absorbieren CO<sub>2</sub> von der Atmosphäre und integrieren den Kohlenstoff in ihre Biomasse. Aus diesem Grund wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, Aufforstung zur Reduktion von Treibhausgasen voranzutreiben. In Bäume gebundenes CO<sub>2</sub> wird jedoch wieder freigesetzt, wenn die Bäume geerntet werden, abbrennen oder durch Schädlinge oder Menschenhand zugrunde gehen. Beim Pflanzen von Bäumen können wir aber nicht garantieren, dass sie wirklich wachsen und „ewig“ erhalten bleiben. Darüber hinaus wenden Aufforstungsprojekte Gelder von unserem Hauptziel ab, nämlich der Ersatz fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien.

## ***Energietransparenz als Bindeglied zwischen Ökosteuern und deren Wirksamkeit***

### **1. Hintergrund: Die Notwendigkeit von Energietransparenz**

Es ist zweifellos richtig, dass die Preise von Energie häufig noch nicht "die Wahrheit sprechen" und es ist dringend notwendig, dass sich dies Schritt für Schritt ändert. Auf der Hand liegt aber auch, dass steigende Energiekosten ihre Anreizwirkung dort nicht entfalten können, wo sie diejenigen "Akteure", die letztendlich über den Energieverbrauch entscheiden, nicht erreichen.

Und diese Akteure, die keinem entsprechenden Anreiz ausgesetzt sind und oft auch kaum Steuerungsmöglichkeiten haben, sind keine kleine Minderheit. Sie verantworten entscheidende Teile des gesamten Energieverbrauchs!

### **Wie viel kostet das CLIMATE TICKET?**

Das CLIMATE TICKET kostet 8 Franken pro Flugstunde.

### **Wie wurde dieser Preis festgesetzt?**

Der Preis für ein CLIMATE TICKET wurde so angesetzt, dass er genau diejenigen Kosten deckt, welche für die Kompensation der Flugreise benötigt werden. Dazu haben wir die durchschnittlichen Treibhausgasemissionen ermittelt, welche pro Passagier und Stunde emittiert werden. Gleichzeitig haben wir die durchschnittlichen Kosten für die Kompensationen für eine Tonne von Treibhausgasen berechnet. Zusammen mit dem administrativen Aufwand ergibt dies den Preis von 8 Franken pro Flugstunde.

### **Unterstützt myclimate eine internationale Kerosinsteuer?**

Ja. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass eine Kerosinsteuer nicht ausreicht, um die Herausforderung des Flugverkehrs wirkungsvoll anzugehen. In einer Studie der Europäischen Kommission konnte gezeigt werden, dass eine Steuer von 0.25 Euro pro Liter Kerosin die Nachfrage im Flugverkehr innerhalb 7 Jahre nur um ca. 2.5% reduzieren würde. Wir fordern einen effizienten Kompensationsansatz - der Ertrag einer solchen „Steuer“ soll die Emissionen eins zu eins kompensieren. Mit dem CLIMATE TICKET machen wir einen ersten Schritt in diese Richtung, indem wir eine Kompensation auf freiwilliger Ebene ermöglichen.

Weitere Informationen: <http://www.climateticket.org>

**Beispiel:** Große Organisationen wie öffentliche Verwaltungen oder Unternehmen. Hier werden die Kosten des Energieverbrauchs grundsätzlich per Quadratmeter oder sonstigem Schlüssel "umgelegt", denn man weiß schlicht nicht, welcher Akteur für welchen Anteil der Energierechnung verantwortlich ist. Das heißt, diese Kosten werden so stark sozialisiert, dass energiesparendes Handeln eines einzelnen Mitarbeiters, Costcenters, Einkäufers, Facility Managers usw. für diesen nur *nachteilig* wirkt: Der (interne) Aufwand verursacht nur externen Nutzen.

Im Mietwohnungsbau und vielen anderen Kontexten ist die Situation weitgehend analog. Das bedeutet (aus ÖSR-Sicht sehr bedauerlicherweise): Die Politik kann die Ökosteuern rauf- oder runter-

schrauben, ohne dass sich das auf die besagten Akteure nennenswert auswirkt.

Dieser Mangel – ein klassisches Marktdefizit – ist nicht behebbar, solange nicht drastisch höhere *Energietransparenz* – also die konkrete Kenntnis zum Verbleib der eingekauften Kilowattstunden – Einzug hält. Denn nur mit entsprechender Transparenz können die Kosten den Costcentern zugeordnet werden.

Gäbe es diese Transparenz und darauf aufbauend die jeweils passenden Anreize, dann wären beispielsweise im Stromverbrauch fast flächendeckend 20 bis 50% der aktuellen Verbräuche und Kosten leicht vermeidbar!

Mit dieser Überzeugung hat das FÖS-Beiratsmitglied Georg Riegel kürzlich die DEZEM GmbH (<http://www.dezem.de>) gegründet. Das Unternehmen entwickelt Technologien, mit deren Hilfe sich der Stromverbrauch jeder beliebigen Liegenschaft – von der zentralen Einspeisung über die Stockwerksabgänge und Unterverteilungen bis hin zur einzelnen Steckdose – detailliert erfassen lässt. Die Verbrauchsprofile werden minutenaktuell und in einer übersichtlichen Struktur über das Internet verfügbar gemacht und es lassen sich darauf aufbauend beliebige Anreize, Spiele und Wettbewerbe organisieren. Denn die emotionale Attraktivität in Verbindung mit den klar nachvollziehbaren Erfol-

gen ist für den Konzernchef und für die Hilfskraft am Fließband gleichermaßen entscheidend!

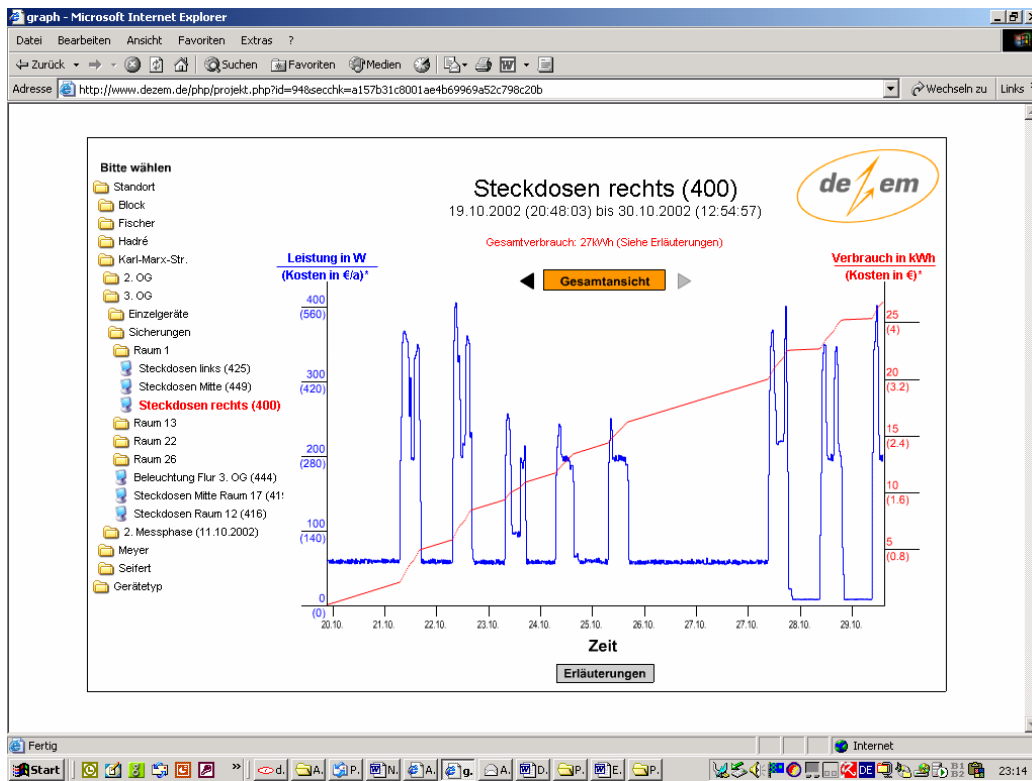
Die Abbildungen 1 und 2 zeigen Screenshots von DEZEM Softwaretools für die Inter- bzw. Intranet-anwendung und als Tool auf .net Basis.

Der Aufwand und die Kosten sind derart, dass sich die meisten größeren Projekte schon innerhalb eines Jahres amortisieren. Aktuell laufen bundesweit bereits mehrere Dutzend Projekte unterschiedlichster Art und – wer hätte es gedacht – sogar in Dubai beginnen größere Aktivitäten.

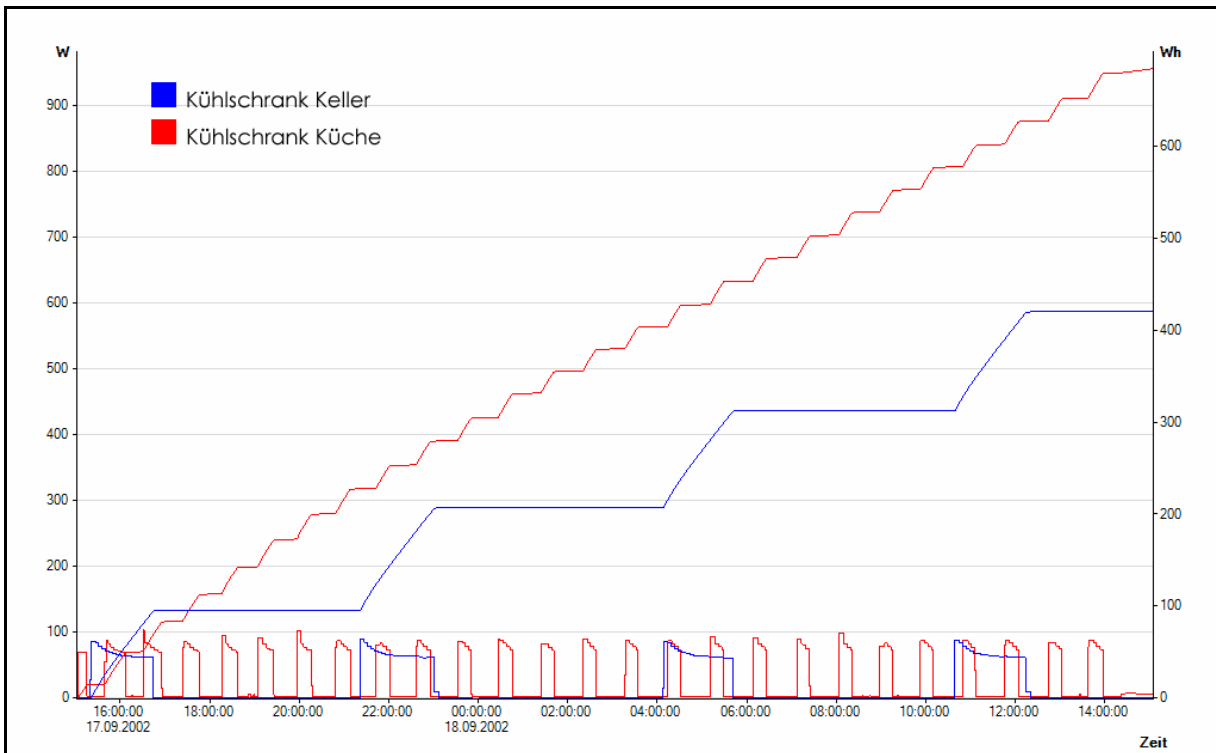
DEZEM sucht nach

- weiteren engagierten Mitarbeitern (idealerweise Linux-Cracks und technologieorientierten Alleskönnern),
- Partnern aus der Wissenschaft, die die vielen Möglichkeiten radikaler Energietransparenz sowohl hinsichtlich der Nutzungsmuster als auch der technischen Effizienzpotenziale untersuchen wollen,
- weiteren Kunden – neben großen Unternehmen und Verwaltungen beispielsweise auch Schulen, denn die Energietransparenz per Mausclick dürfte Schüler zu wertvollen Fragen und Versuchen anregen.

Bei Interesse: Georg Riegel, <mailto:georg.riegel@dezem.de>



**Abb. 1: Screenshot der Intranetanwendung.** Hier als Beispiel ein Stromkreis mit zwei Büroarbeitsplätzen vor und nach einer einfachen Energiesparmaßnahme. (In Blau die Lastkurve und in Rot der Gesamtverbrauch.) Dieses Beispiel unterstreicht die Bedeutung des Standbyverbrauchs am Arbeitsplatz. Die kleine Maßnahme reduziert den Jahresverbrauch um fast 50%.



**Abb. 2: Vergleich von Last (links) und Verbrauch (rechts) für zwei verschiedene Kühlschränke (rot bzw. blau) in einer DEZEM Windows-Anwendung**

**5. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE**

***BUND: Anpassungen bei Ökosteuern zeitgleich mit Einführung des Emissionshandels***

Die ökologische Steuerreform und der ab 2005 eingeführte europäische Emissionshandel sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Der BUND fordert Anpassungen bei den Ökosteuer-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe und bei der Primärenergiebesteuerung für die Stromerzeugung. Die BUND-Vorsitzende Dr. Angelika Zahrt begründe-

te diese Forderungen im Detail bei einer Konferenz von Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai 2003 zum Thema Emissionshandel. Auf der Website des BUND können das Hintergrundpapier und die Vortragsfolien herunter geladen werden: <http://www.oeko-steuer.de/emissionshandel>

**6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND**

***Agenda 2010 mit ökologischer Orientierung***

(<http://www.loske.de>, 21.05.2003) Reformzeit in Deutschland, das Land steht vor zentralen Zukunftsentscheidungen. Mit der Agenda 2010 sind konkrete Vorschläge unterbreitet worden. Die aktuelle Debatte konzentriert sich fast ausschließlich auf

Reformen der sozialen Sicherungssysteme, deren Notwendigkeit unbestreitbar ist. Was der Reformagenda aber fehlt, ist eine erkennbare Leitorientierung, eine klare Aussage zum Stellenwert von ökologischen Innovationen und nachhaltiger Entwick-

lung.

Führende Umweltpolitiker der Grünen haben zu diesem Zweck ein Thesenpapier mit dem Titel "Für eine Agenda 2010 mit ökologischer Orientierung" verfasst. Das Papier wurde am 9. Mai in einem Pressegespräch vorgestellt.

#### **Sieben Thesen für die Agenda 2010 mit ökologischer Orientierung**

1. Nachhaltige Entwicklung bietet zahlreiche neue Beschäftigungsfelder, die gezielt erschlossen und gefördert werden müssen.
2. Die ökologisch kontraproduktiven Subventionen im Bundeshaushalt müssen zügig abgebaut und für Zwecke der nachhaltigen Entwicklung umgewidmet werden.
3. Die ökologische Finanzreform ist umweltpolitisch unverzichtbar und ein wichtiger Beitrag zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme.

4. Für eine Politik „Weg vom Öl“: Energieimporte müssen durch Ingenieurverstand, Handwerkerarbeit und neue Dienstleistungen ersetzt werden.
5. Die ökologische Neuausrichtung unserer Infrastrukturen muss heute begonnen werden. Die entscheidenden Weichen werden in den kommenden zehn Jahren gestellt. Fehlentwicklungen können wir uns nicht mehr leisten.
6. Die ökologische Erneuerung ist auch ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen.
7. Jenseits von Paragrafenflut und Korporatismus: Nachhaltige Entwicklung lässt sich sehr gut mit Bürokratieabbau und mehr Freiheit verbinden.

Die gesamte Agenda finden Sie unter: [http://www.loske.de/rsvgn/rs\\_datei/0,,2480.00.pdf](http://www.loske.de/rsvgn/rs_datei/0,,2480.00.pdf)

#### ***Startschuss für Forschungsprogramm zur Nutzung der Windenergie auf See***

(BMU Pressedienst Nr. 63/03, 30. April 2003) Die erste Forschungsplattform für den Ausbau der Windenergie auf hoher See soll in diesem Sommer 45 km nördlich der Insel Borkum in 28 m tiefem Wasser ihren Betrieb aufnehmen. Heute wurden die Bauteile der Plattform auf dem Gelände der ehemaligen Bremer Vulkanwerft und auf dem Montagegelände am Kaiserhafen in Bremerhaven der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Stahlkonstruktion erreicht vom Meeresboden bis zur Spitze des 100 m hohen Windmessmastes die Ausmaße des Hamburger Michels. Das Bundesumweltministerium wird den Offshore-Ausbau der Windenergie mit einem umfangreichen wissenschaftlichen Forschungsprogramm begleiten. Als Grundlage für die Erhebung von Daten der Meeresumwelt werden Meeresplattformen in Nord- und Ostsee errichtet, für deren Bau das Bundesumweltministerium insgesamt 15,3 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Die Bundesregierung hat in ihrer Strategie festgelegt, dass der Ausbau der Windenergie auf See umwelt- und naturgerecht erfolgen muss. Auf der For-

schungsplattform sollen ökologische Untersuchungen durchgeführt werden, um gesicherte Erkenntnisse über die Auswirkungen von Windparks auf die Meeresumwelt zu erhalten. Mit Hilfe von Radargeräten soll der Vogelzug über der Nordsee erfasst werden, um Einflüsse auf die Zugvögel zu erkunden. Auch Veränderungen der tierischen und pflanzlichen Lebensgemeinschaften im Meeresboden in der Umgebung der Plattform werden untersucht. Die Entwicklung des Bewuchses an der Stahlgründung der Plattform im Wasser - ähnlich wie an einem Schiffswrack - soll mit einer ferngesteuerten Videokamera beobachtet werden, um Erkenntnisse zu gewinnen, ob und wie Windparks auf See die Nahrungsketten von Flora und Fauna beeinflussen können.

Die Meeresplattform soll mit modernsten Messgeräten und Datenübertragungstechnik ausgestattet werden. Diese sollen Informationen über die Windverhältnisse auf See und über die Kräfte von Wind und Wellen, denen solche Anlagen in 20 bis 30 Metern Meerestiefe standhalten müssen, liefern.

#### ***Enquete-Kommission: Wärmesparen wichtigste Zukunftsaufgabe***

(<http://www.bayern.landtag.de>, 07.05.2003) Nach mehr als dreijähriger Arbeit haben die Umweltpolitiker des Bayerischen Landtags den sparsamen Um-

gang mit Wärmeenergie als wichtigste Zukunftsaufgabe empfohlen. Die Enquete-Kommission «Mit neuer Energie in das neue Jahrtausend» legte am

Mittwoch in München ihren Abschlussbericht vor. Übereinstimmend fordern CSU, SPD und Grüne mehr Energieeffizienz sowie den Ausbau erneuerbarer Energien. Streitpunkt blieb dagegen die Atomenergie. Die Opposition sprach sich gegen den Kurs der CSU für einen Ausstieg aus der Kernkraft aus.

Die auf Antrag der SPD eingesetzte Kommission hatte seit 1999 in 31 Sitzungen hinter verschlossener Tür getagt. Neben acht Abgeordneten gehörten dem Gremium sieben Experten an. In dem mehr als 100-seitigen Abschlussbericht wird dem Klimaschutz und der Ressourcenschonung absoluter Vorrang eingeräumt.

Allein die Sanierung von Altbauten mit einer besseren Wärmedämmung könne den Energiebedarf bis zum Jahr 2010 um zehn Prozent senken, rechnete der Kommissionsvorsitzende Wolfgang Gartzke (SPD) vor. Vorgeschlagen werden steuerliche Anreize für Sanierungsmaßnahmen, ein «1000-Keller-Programm» für bessere Heizsysteme sowie die Modellsanierung eines Straßenzuges mit unterschiedlichen Gebäudetypen.

Der stellvertretende Vorsitzende Markus Söder (CSU) sagte, insgesamt habe sich die Energiepolitik

des Freistaats bewährt: «Die Kommission sagt klar Ja zu dem bayerischen Energiemix.» Ein rascher Ausstieg aus der Kernenergie sei zu sozialverträglichen Preisen derzeit auch nicht annähernd möglich. SPD und Grüne sprachen sich dagegen in Minderheitenvoten für eine sofortige Energiewende aus. «Die Kernenergie ist eine Risikotechnologie. Wir müssen aus dieser Technologie aussteigen», sagte Gartzke. Die Grünen-Abgeordnete Ruth Paulig warf der CSU vor, sich nicht auf verbindliche Zielvorgaben festzulegen. Die Christsozialen hätten sich bei den Empfehlungen von kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen lenken lassen.

Der Verkehrsbereich war ausdrücklich kein Schwerpunkt der Kommissionsarbeit. Dennoch wird im Endbericht langfristig eine entfernungsabhängige Autobahngebühr für alle Fahrzeuge vorgeschlagen, die EU-weit harmonisiert werden soll. Gute Chancen räumt die Kommission der Kraft-Wärme-Kopplung, der Biomasse und der Solarenergie ein. Gemeinsam mit der Wirtschaft sollten Vorschaltfunktionen für Elektrogeräte entwickelt werden, um die Energieverluste durch Stand-By-Betrieb zu senken.

### *Weiter Streit um Gaskraftwerk*

(Kölnische Rundschau, Wilfried Goebels, 14.05.2003) Im Streit um die künftige Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen hat eine große Koalition von CDU, FDP und Grünen den Sozialdemokraten vorgeworfen, den Bau eines modernen Gaskraftwerks in Hürth auf Druck der „Kohle-Lobby“ zu blockieren.

Ein Kartell aus SPD, Kohle-Gewerkschaft und Kohle-Wirtschaft wolle jeden Wettbewerb verhindern und torpediere die 500 Millionen-Investition der Firma Intergen mit 150 Arbeitsplätzen, warnte CDU-Wirtschaftsexperte Helmut Linssen in einer Aktuellen Stunde des Landtags. „In Sonntagsreden fordert die Landesregierung Bremsklötze wegzuräumen, werktags wird blockiert.“

Bei dem Streit geht es um die Entlastung des GuD-Kraftwerks von der Mineralölsteuer für die nächsten fünf Jahren. Die Befreiung ist nach dem Gesetz gekoppelt an das Erreichen eines Wirkungsgrades von 57,5 Prozent der eingesetzten Energie in Strom. Während Energieminister Axel Horstmann (SPD) erneut Zweifel äußerte, dass der Betreiber den Wirkungsgrad garantieren könne, bekräftigte der

Kraftwerksbauer Siemens, dass das Gaskraftwerk in Hürth-Knapsack den Wirkungsgrad bei international anerkannten Messverfahren erreiche. FDP-Wirtschaftsexperte Gerhard Papke warf der Landesregierung vor, das Projekt „mit messtechnischen Tricks“ torpedieren zu wollen.

Minister Horstmann ließ die Sorge durchblicken, dass das mit der RWE-Tochter Rheinbraun vereinbarte 10 Milliarden Euro umfassende Kraftwerkserneuerungsprogramm gefährdet sein könnte, falls sich die Rahmenbedingungen für RWE ändern würden. „Wir haben schon heute nicht zu wenig Strom am Markt“, warnte Horstmann. Investoren brauchten deshalb langfristig Planungssicherheit.

Linssen sah darin ein erneutes Einknicken der SPD gegenüber dem „Kohle-Kartell“ in NRW. Laut dem Grünen-Experten Reiner Priggen könnten durch den Bau des Gaskraftwerks in Hürth jährlich drei Millionen Jahrestonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden.

**Stichwort GUD-Kraftwerke:** Gas- und Dampfkraftwerk, ein Kraftwerkstyp, in dem eine Gasturbine fossile Brennstoffe, vorwiegend Erdgas, ver-

brennt. Die Wärme der Verbrennungsabgase wird über Dampferzeuger zur Erzeugung von Frischdampf genutzt, der dann eine Dampfturbine antreibt. Die Gasturbine sitzt mit einem Stromgenerator auf einer Welle und erlaubt somit die Erzeugung von Strom während ihres Betriebs. Erst dann kann Dampf erzeugt werden, der die Dampfturbine anlaufen lässt, die bei entsprechender Drehzahl über eine Kupplung mit der Generatorachse verbunden wird.

Durch die Kombination von Gas- und Dampfturbine kann die Energie der Verbrennungsabgase besser ausgenutzt werden: Die Gasturbine nutzt die Temperaturdifferenz zwischen etwa 1200-1500 °C und der Abgastemperatur, die Dampfturbine von 550 °C bis herab zu etwa 50-100 °C. Der Bruttowirkungsgrad eines solchen Kraftwerks liegt bei etwa 55 %.

Weitere Informationen und Artikel:

<http://www.infraserv-knapsack.de/content/spezial.htm>

## 7. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL

### *Call for tougher EU emission trading maintained*

(Environment Daily 1434, 30/04/03) The European Parliament's rapporteur on a draft EU climate emission trading scheme has challenged key elements of a ministers' first reading agreement last year. Portuguese centre-right MEP Jorge Moreira da Silva has tabled 14 second-reading amendments which collectively aim at making the scheme hit harder, faster and wider.

Debated at yesterday's meeting of the environment committee, Mr da Silva's amendments would expand the scope of the cap-and-trade scheme to all six Kyoto protocol gases immediately from its launch in 2005, and include both the aluminium and chemicals sectors from the outset.

The rapporteur accepts an opt-out possibility for firms during the initial three-year experimental trading phase, but says this must be confined to individual installations and not let whole sectors off. He makes no objection to proposed trading "pools," a mechanism inserted into the draft directive as a sop to German industry.

A key demand from the parliament's first reading is reinstated. This would impose a cap on the amount of emission allowances available for distribution, effectively forcing governments to ensure industry takes its share of the emissions cuts demanded by Kyoto.

Mr Moreira da Silva also still demands that auctioning of at least a minority of allowances start from 2005 rather than 2008, though he proposes accepting a minimum of 5% instead of the 15% voted by MEPs at first reading. The council settled on 10% auctioning from 2008. He rejects as "unacceptably ambiguous" a council clause allowing firms to receive extra allowances during the trading period for reasons of "force majeure".

**Follow-**

**up:** [http://www.europarl.eu.int/committees/envi\\_home.htm](http://www.europarl.eu.int/committees/envi_home.htm), Mr Moreira da Silva's report:

<http://www.europarl.eu.int/meetdocs/committees/envi/20030429/488548en.pdf>

### *EU greenhouse emissions up again in 2001*

(Environment Daily 1437, 06/05/03) The European environment agency (EEA) today reported a rise in EU greenhouse gas emissions in 2001 for a second successive year. EU environment commissioner Margot Wallström called for "additional measures" in response, especially by the two thirds of EU states that are far off track to meeting their emission commitments under the Kyoto protocol.

Despite the rise in emissions, a separate report released today by the European Commission suggests

continued grounds for optimism that the EU can meet its Kyoto protocol target of emissions 8% below 1990 levels by 2008-12. The latest progress report under the European climate change programme (ECCP) identifies actions that could achieve double the EU's legal emissions cut.

The rise in EU 2001 greenhouse gas emissions confirms what independent analysts have been saying since last summer. A colder winter plus higher transport emissions and higher fossil fuel use in

electricity and heat production are identified as the main causes. Poor hydropower output due to lower than average rainfall was a major factor in some countries.

Overall emissions were one percentage point higher in 2001 than 2000; emissions of carbon dioxide (CO<sub>2</sub>) - the major greenhouse gas - were up 1.6 percentage points. CO<sub>2</sub> from households and small businesses jumped by 6 percentage points due to increased heating needs.

Ireland, Spain and Portugal remain the countries furthest away from complying with their emission commitments under Kyoto. One bright spot recorded is a fall in Spanish emissions in 2001 for the first time in five years.

Looking behind the near-term emission figures, the latest ECCP progress report suggests broad scope for cutting releases substantially through further actions. Taken alone, legislative measures already in force or proposed by the Commission represent potential cuts of 276-316m tonnes of CO<sub>2</sub>-equivalent,

or 6.6-7.5% below 1990 levels.

Counting also further measures, some already under preparation within the Commission, the report says the total emission reduction potential could rise to 578-696m tonnes of CO<sub>2</sub>-equivalent (13.8-16.6% below 1990 levels).

This estimate includes neither the impacts of the EU's voluntary agreement with vehicle manufacturers on cutting car emissions, nor a potential sequestration of 93-103m tonnes of CO<sub>2</sub>-equivalent in agricultural or forestry carbon sinks. The report warns, however, that estimated emission reduction potentials need to be tested against actual implementation of legislation.

**Follow-**

**up:** <http://org.eea.eu.int/documents/newsreleases/ghg-2003-en>,

the report:

[http://reports.eea.eu.int/technical\\_report\\_2003\\_95/en](http://reports.eea.eu.int/technical_report_2003_95/en);

[http://europa.eu.int/comm/environment/climat/second\\_ec\\_cp\\_report\\_xsum.pdf](http://europa.eu.int/comm/environment/climat/second_ec_cp_report_xsum.pdf)

### *Europe's environmental progress at risk from unsustainable economic activities*

(Pressemitteilung EEA, 12.05.2003) The state of the environment across Europe has improved in several respects over the past decade, but much of the progress is likely to be wiped out by economic growth because governments have yet to make significant strides towards decoupling environmental pressures from economic activity. This is one of the key messages from the European Environment Agency's latest assessment of the environment in Europe.

Europe's Environment: the third assessment has been prepared for the 'Environment for Europe' ministerial conference taking place in Kiev, Ukraine, on 21-23 May under the auspices of the United Nations Economic Commission for Europe (UNECE). The two previous assessments were published by the Agency in 1995 and 1998 for the conferences held in Sofia, Bulgaria, and in Aarhus, Denmark.

The new report covers a total of 52 countries, including for the first time the whole of the Russian Federation and the 11 other Eastern European, Caucasus and Central Asian (EECCA) states.

It shows that most of the progress towards environmental improvement continues to come from 'end-of-pipe' measures to limit pollution or as a result of economic recession and restructuring in many parts

of Europe.

"We know from the past that these gains will be lost again if economic growth continues to be based on traditional, environmentally damaging activities, still prevalent, rather than on more sustainable, eco-efficient options," said Gordon McInnes, EEA Interim Executive Director.

"This is a particular risk for the EU accession countries and the EECCA states, to which large amounts of manufacturing industry have been transferred from western Europe and elsewhere," Mr McInnes added.

While highlighting wide differences in the environmental situation between and within the different regional groupings, the report confirms that environmental policies, when properly developed and implemented, have in several fields led to significant improvements in the environment and to lower pressures on it.

For example, substantial reductions have been achieved in Europe's emissions of substances that damage the atmospheric ozone layer. Decreases in acidifying emissions to air and in emissions to water from point sources - such as factories - have generally improved the quality of both media. Protection of the habitats of biologically important plant and



animal species has brought some improvement in their situation.

In contrast, environmental policies to curb waste have made no significant headway, and pressures are still increasing on some natural resources, especially fish stocks, top soil and land. Emissions to water from diffuse sources such as agriculture remain a problem.

Economic and social transition since the early 1990s - with western Europe developing into a more service-oriented society and the rest of the continent moving towards a market economy, albeit at different speeds - has resulted in environmental improvements in some fields but degradation in others. Europe, overall, has seen reductions in its emissions of greenhouse gases. In Central and Eastern Europe and EECCA there has been less pressure on water resources from agriculture and industry. In these countries economic restructuring has also been the major driving force behind reductions in emissions of air pollutants.

On the negative side, land abandonment due to economic restructuring in Central and Eastern Europe and EECCA is threatening biodiversity. Economic growth is making it more difficult for many western European countries to meet their national targets for limiting greenhouse gas emissions.

Urban development and transport infrastructure is covering over large areas of productive soil and fragmenting major animal and plant habitats in many places across the region. Overfishing is threatening marine natural resources.

As environmental improvements in these areas are mainly determined by the general economic situation, much of the progress seen to date is unlikely to be sustained under conditions of continuing or renewed economic growth. At the same time, many of the negative impacts are likely to be exacerbated.

This trend is already apparent in the field of transport, where a marked shift towards road and aviation in place of more environment-friendly modes is under way, increasing energy consumption and greenhouse gas emissions.

Human health continues to face a range of environment-related threats. Generation of hazardous waste is increasing across Europe. The quality of drinking water remains a concern throughout the region, while exposure to particulate matter is now the biggest threat to human health from air pollution in western European cities.

The report concludes that the formulation and implementation of policies which take full account of environmental concerns needs to be accelerated if Europe is to ensure proper protection of its environment and succeed in making the transition to more sustainable development.

"The EU Sustainable Development Strategy is a step in the right direction but needs more operational action by the relatively well-off EU Member States to remain environmentally credible," said Mr McInnes.

He added: "What is most lacking is a decision-making framework that takes proper account of the competing but often complementary economic, social and environmental considerations. The various initiatives on European regional energy cooperation are a good example of such a framework in action."

An embargoed summary of the report is available now for download at

[http://reports.eea.eu.int/environmental\\_assessment\\_report\\_2003\\_10-sum](http://reports.eea.eu.int/environmental_assessment_report_2003_10-sum).

The full report will be available upon expiry of the embargo at

[http://reports.eea.eu.int/environmental\\_assessment\\_report\\_2003\\_10](http://reports.eea.eu.int/environmental_assessment_report_2003_10).

### ***Großbritannien: 20% weniger Verkehr, aber doppelt so schnell***

(KlimaKompakt Nr. 26 / 30. April 2003) Am 17. Februar fiel in London der Startschuss für die "Staugebühr" von fünf Pfund (7,5 Euro) pro Tag für Fahrzeuge, die in die Londoner Innenstadt einfahren. Mit dieser Maßnahme will Londons Bürgermeister Ken Livingstone gegen die allgegenwärtigen Verkehrsstaus im Zentrum Londons einschreiten. Die Bilanz nach einem Monat mit der City-Maut ist positiv: die Verkehrsdichte hat abgenom-

men, die Fahrzeiten sind kürzer geworden, und es kommt Geld in die Stadtkasse, das für Investitionen in die öffentlichen Verkehrsmittel verwendet werden soll.

Die Mautzone umfasst ein Gebiet von ca. 20,5 km<sup>2</sup> im Londoner Zentrum. Montags bis freitags (ausgenommen an Feiertagen) muss für Fahrzeuge, die zwischen 7.00 Uhr und 18.30 Uhr in dieses Gebiet einfahren, die City-Maut entrichtet werden. Die

Zahlung kann auf täglicher oder wöchentlicher Basis erfolgen und per Telefon, SMS oder Internet sowie in Parkhäusern, an Tankstellen und in Geschäften getätigt werden. Kontrolliert wird das Mautsystem mittels Kameras, die auf den Straßen rund um die Mautzone installiert wurden und mit denen die Kfz-Kennzeichen der einfahrenden Fahrzeuge erfasst werden. Bürgermeister Livingstone geht davon aus, dass die Gebühr jährliche Einnahmen von rund 130 Millionen Pfund bringen wird, aus denen Verbesserungen der öffentlichen Verkehrsmittel in der Stadt (und natürlich die Verwaltung des Mautsystems) finanziert werden sollen.

Alle Zweiräder, Taxis, (...) sowie amtlich registrierte Behinderten-Fahrzeuge sind von der Maut ausgenommen. Das Gleiche gilt für Fahrzeuge mit Gas-, Elektro-, Brennstoffzellen- oder Hybrid-Antrieb. Die Bewohner der Mautzone haben Anspruch auf einen Rabatt von 90%.

Hier nun eine Bilanz der ersten vier Wochen:

- Das Verkehrsaufkommen war in der ersten Woche (allerdings auch wegen der Schulferien) um 20-25% reduziert, in der zweiten Woche um 20% und in der dritten und vierten Woche um 17-18%.
- Die durchschnittliche Fortbewegungsgeschwindigkeit stieg in der ersten Woche von rund 15km/h auf rund 30km/h.

Im Durchschnitt zahlten in der ersten Woche täglich 92.000 Personen die Gebühr, in der zweiten Woche täglich 96.750, in der dritten 97.250 und in der vierten Woche täglich 98.500 Personen.

- Im Durchschnitt wurden in den ersten vier Wochen 27.500 Strafzettel pro Woche wegen Nichtzahlung der Maut verteilt.
- Die für den Einzug der Maut eingerichtete Internet-Website war anfangs überlastet, wurde jedoch inzwischen verbessert.
- Im letzten Jahr hat die Londoner Busflotte 300 zusätzliche Busse erhalten. Verspätungen im Busverkehr haben seit Einführung der Maut um 50% abgenommen. Es gab keine Berichte über überfüllte Busse.

Der Absatz von Alternativtreibstoff-Fahrzeugen, insbesondere an Fuhrparks, ist seit der Einführung der Gebühr gestiegen.

Weitere Informationen bietet die Website von Transport for London:

[http://www.tfl.gov.uk/tfl/press\\_cc\\_news\\_latest.shtml](http://www.tfl.gov.uk/tfl/press_cc_news_latest.shtml)

### *U.S. energy security linke to efficiency*

(Rocky Mountain Institute, 14.05.2003) Americans spent \$285 billion on transportation fuel in the year 2000-about as much as on national defense-according to a new report issued today by Rocky Mountain Institute (RMI). The report, "U.S. Energy Security Facts," makes clear that the U.S. can alleviate the vulnerabilities and costs of its oil supply by using oil in efficient, money-saving ways.

The report's author, physicist Amory B. Lovins, said: "The Iraq war, the economic downturn, and the ongoing Congressional energy policy debate make this a ripe time to refocus attention on reducing America's energy vulnerability by increasing her energy efficiency. Efficiency doesn't require sacrifice, it makes money, it makes sense, and it's the fastest, most powerful way we know to shift to energy sources that can't be cut off."

The report documents energy's diverse threats and costs, and highlights the potential for achieving large and rapid gains in U.S. oil efficiency. Almost unnoticed, since 1975 the U.S. has doubled the economic activity wrung from each barrel of oil. Overall energy savings, worth about \$365 billion in 2000 alone, are effectively the nation's biggest and fastest-growing energy "source," providing two-fifths of all energy services-equivalent to 1.65 times the total amount of oil use or 12 times the amount imported from the Persian Gulf. Without gains in energy productivity since 1975, energy consumption in the United States would have grown by 253 percent more than it did.

Rather than further developing this enormous and largely unexploited "efficiency resource," federal energy policy continues to focus on subsidizing and expanding the least competitive options-supplying more fossil and nuclear energy. The oil industry has dwindling reserves, falling output, and rising costs (including military), while the efficiency industry has expanding reserves, rising output, and falling costs.

The report finds that during 1977-85, GDP rose 27%, oil use fell 17%, net oil imports fell 42%, and

imports from the Persian Gulf fell 87%. If the country had repeated that 5.2% annual gain in oil productivity starting in 1/2000, Persian Gulf imports could have been eliminated by 5/2002.

In 1991, the Gulf War cost the U.S. \$61 billion, of which allies reimbursed \$54 billion. If the nation had invested just the remaining \$7 billion in the cheapest available oil savings, the country could have displaced all of the oil it now imports from the Gulf.

The budget for the Iraq war through June 2003 exceeds \$80 billion. Since 1975, oil imports have cost Americans over \$2 trillion.

To download a free copy of RMI's new report, visit <http://www.rmi.org/sitepages/pid533.php>. Copies can also be ordered online or by calling 970-927-3851.

### ***About Rocky Mountain Institute***

Rocky Mountain Institute is a 21-year-old, independent, nonpartisan, nonprofit, entrepreneurial applied research center. Its ~50 staff foster the efficient and restorative use of resources to make the world secure, prosperous, and life-sustaining. Its work emphasizes advanced technologies and creative use of market forces, and is integrative, transdisciplinary, and transideological. One of its major current projects is writing a compelling technical, economic, and policy roadmap for getting the United States off oil rapidly, attractively, and profitably-even for oil companies. For more on RMI, please visit <http://www.rmi.org> or email <mailto:outreach@rmi.org>.

## **8. SERVICE: JOBS**

### ***Freie Stellen im Umweltbereich***

Auf der Homepage von <http://www.greenjobs.de> finden sich Stellenangebote und Stellengesuche zu den Themenbereichen Natur, Technik, Management und Planung, Erziehung und Medien sowie Sonstige. Außerdem werden weiterführende Links angeboten.

## **9. SERVICE: LINKS**

### ***Emissionsrechte-Handel und Ökologische Steuerreform: Was tut sich in Europa?***

Am 11. April 2003 lud die Umwelt-Akademie zur Diskussion unter dem Thema „Emissionsrechte-Handel und Ökologische Steuerreform: Was tut sich in Europa?“ ein. Die Vorträge von Dr. Roland Geres, Geschäftsführer der FutureCamp GmbH, und Dr. Anselm Görres, Vorsitzendem des FÖS, finden Sie nun im Internet unter <http://www.die-umwelt-akademie.de/veranstaltungen/T43.html>.

### ***Sustainability zweimal neu im Netz***

Mit <http://www.sustainable-excellence.de> und <http://www.sustainable-benchmarking.de> sind aktuell zwei neue Internetseiten zum Nachhaltigen Wirtschaften ins weltweite Netz gegangen. Sustainable Excellence zeigt die gelungene Verbindung von Nachhaltigem Wirtschaften mit dem europäischen

Qualitätsmanagementmodell der EFQM. Das Wuppertal Institut und future e.V. haben zusammen mit Experten dieses Projekt durchgeführt und auf dem Nürnberger Nachhaltigkeitskongress abschließend der Öffentlichkeit präsentiert. Erste Praxiserfahrungen zeigen, dass die Erweiterung des EFQM-Modells um Aspekte der Nachhaltigkeit sinnvoll ist - und auch die EFQM-Foundation hat viele der Anregungen gleich in die aktuelle Modell-Überarbeitung übernommen. Damit wird das 2004er EFQM-Modell noch ganzheitlicher sein.

### ***Weitere Newsletter***

**Subsidy Watch:** informiert über die neuesten Veröffentlichungen im Bereich Subventionen in der ganzen Welt, z.B. Zeitungsartikel, akademische und städtische Veröffentlichungen und andere englischsprachige Quellen.

<http://iisd.ca/subsidywatch/>

**Sustainable Economy Update:** is Center for a Sustainable Economy's free weekly electronic newsletter that reports on environment-related tax news from the local, state, federal, and international levels. TNU tracks legislative activity, reviews publications, and monitors innovations related to tax

measures affecting the environment. To subscribe or unsubscribe to the update, or if you have any comments or questions, please write to the eMail-address <mailto:center@sustainableeconomy.org>.

## 10. SERVICE: VERANSTALTUNGEN

### ***26.05. – 28.05.2003, Loccum: Globale Solarwirtschaft - Eine Chance für Afrika?***

Allein auf der Basis der nutzbaren Sonneneinstrahlung auf rund 10 Prozent der Wüsten Nordafrikas ließe sich - rein rechnerisch - der gesamte Energiebedarf der Welt ohne Emissionen von Treibhausgasen decken. Die industrielle Erschließung der Wüsten in dieser Größenordnung mag zwar aus vielerlei technischen und ökologischen Gründen nicht als allzu realistisches Projekt anzusehen sein; dennoch erscheint angesichts solcher Potentiale die Vision eines zügigen und möglichst weitgehenden Umsteigens von der weltweit vorherrschenden "fossilen" Energiewirtschaft zu einer "Solarwirtschaft" auch entwicklungspolitisch als verlockend. Dies gilt noch umso mehr, als - in Form der direkten Sonneneinstrahlung, des Windes und vor allem auch der Biomasse - in den übrigen Regionen Afrikas ja noch weitere große Potentiale auf ihre wirtschaftliche Erschließung warten.

Die internationale Konferenz dient zunächst einer kritischen Revision der zu pessimistischen offiziellen Prognosen über die Implementierbarkeit nachhaltiger Energiesysteme in Afrika; sodann der Diskussion darüber, wie die jeweils spezifischen strukturellen, sozio-ökonomischen, ökologischen sowie kulturell-politischen Randbedingungen effektiv genutzt und - wo nötig - so umgestaltet werden können, dass der dauerhaft wohlstandsfördernde Ausbau der Solarenergienutzung zum aktiv verfolgten Anliegen möglichst vieler Afrikaner wird.

Tagungssprachen: Englisch und Deutsch mit Simultandolmetschung

Programm: <http://www.loccum.de/program/p0321.html>

Informationen: Lawford Imunde, Tel. 05766 / 81-124, E-Mail: <mailto:Lawford.Imunde@evlka.de>

Dr. Andreas Dally, Tel. 05766 / 81-108

### ***29.05. – 30.05.2003, Hamilton, Neuseeland: International Symposium on Environmental Taxation***

Auf dieser Tagung wird Dr. Anselm Görres über die Erfahrung mit der ÖSR in Deutschland und Europa berichten.

Environmental tax reform is a challenge in New Zealand. As a nation there are challenges to ensure efficient and sustainable use of all of our natural resources. Tax instruments are frequently identified as part of the way forward. However the optimal design of tax instruments involves consideration of many issues. This colloquium provides the opportunity for the business community, government officials, NGOs and academics to discuss what we know and learn from experiences around the world along with findings from research in New Zealand. University of Waikato, Management School, Hamilton, New Zealand

For further information about the programme or travel please contact: Maria Fitzgerald, Waikato Management School, University of Waikato, Email: <mailto:mfitzy@waikato.ac.nz>, Telephone 64 7 838-4758, Facsimile 64 7 838-4331

### ***29.05. – 31.05.2003, München: 14. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO)***

Der 14. BUVKO findet unter dem Motto „MobilitätsPlus trotz HaushaltsMinus“ statt. Das Programm enthält Vorträge, Arbeitsgruppen, Exkursionen und Podiumsdiskussionen.

Informationen unter <http://www.buvko.de>.

**02.06. - 04.06.2003, Budapest, Ungarn:  
International Perspectives on Environmental  
Public Policy Conference**

Envisioned as an important follow through to the 2002 Johannesburg Summit, this conference examines the influence of globalization, culture, ethics and science, as well as the role of civil societies and government-business-civil society partnerships on the effective formulation and implementation of international, national, and sub-national environmental public policies.

Experts from the Americas, Asia and Europe are invited to discuss current perspectives on environmental public policy. The conference will analyze recent and current practices in the development of environmental public policy as well as the challenges faced by industrialized and evolving economies when developing appropriate environmental policies.

Undergraduate or graduate course credit is available for students.

For additional information and registration, please view: <http://artsci.usfca.edu/envpolicy>.

You may contact the conference coordinator at <mailto:conference.msem@usfca.edu>.

The conference is organized by the University of San Francisco and Pázmány Péter Katolikus Egyetem.

**05.06. - 07.06.2003, Sydney/Australia: The  
Fourth Annual Global Conference On  
Environmental Taxation Issues, Experience  
And Potential**

Hier wird der FÖS mit dem Vorsitzenden und den beiden Geschäftsführern vertreten sein und wichtige Kontakte für die internationale und europäische Zusammenarbeit knüpfen.

The Department of Business Law and the Centre for Environmental Law, of the Division of Law, Macquarie University are delighted to host the Fourth Annual Global Conference on Environmental Taxation in Sydney, Australia.

This annual conference provides an international, interdisciplinary forum for the exchange of ideas, information and research on environmental taxation issues.

Persons wishing to present papers or to participate in the conference are invited to register.

Information about the conference program, and registration details are available at:

<http://www.law.mq.edu.au/eti>

For More Information please contact:

Mr Hope Ashiabor, Macquarie University, Division of Law, Sydney, NSW 2109, AUSTRALIA

Telephone: +(61)-2-9850 8457, Facsimile: +(61)-2-9850 9952, <mailto:hope.ashiabor@mq.edu.au>.

**18.06.2003, München: Die Ökologische  
Steuerreform – Chance für die Umwelt?**

Vortrag von Vorstandsmitglied und FÖS-Schatzmeister Andreas Sauter innerhalb der Ringvorlesung Umweltschutz der Technischen Universität München.

19:30, Hörsaal N1070, Nordgelände TU München, Eingang Theresienstraße 90

**20.06.2003, Brüssel: Environmental Fiscal  
Reform and competitiveness**

This seminar is co-organised jointly with the European Environmental Bureau (EEB, <http://www.eeb.org>), with the European Business Council for a Sustainable Energy Future (E5, <http://www.e5.org>) and with the Austrian Society for Environment and Technology (<http://www.oegut.at>).

Expected are about 50-75 participants from NGOs, business and institutions or governments. Aim is a constructive dialogue with a view of possibly establishing an alliance between NGOs and business.

The general objectives are:

- promote EFR as an instrument to combat climate change and moving towards greater sustainability in a cost effective way
- promote the positive aspects of EFR on energy/resource efficiency, innovation, and competitiveness
- promote EFR as an opportunity to reform taxation systems and mentalities
- counter-act the “anti-competitiveness” arguments against EFR and offer policy recommendations to mitigate impacts in some sectors
- show how EFR can benefit competitiveness
- create a synergy between ENGOs and business about EFR
- debate the EU situation in terms of EFR/energy taxation

- present the new EEB publication on EFR that aims at offering ways of moving forward at the EU and national levels

More information: <mailto:sylvain.chevassus@eeb.org>

### **27.06. - 29.06.2003, Augsburg: RENEXPO**

Vom 27.-29.06.03 lädt die internationale Kongressmesse „RENEXPO 2003“ alle Interessierten rund um die erneuerbaren Energien ins Messezentrum Augsburg ein. Messeschwerpunkte sind Themen wie „BIOFUEL“, „BIOGAS INTERNATIONAL“, „HYDRO POWER INTERNATIONAL“ und „INTERWIND“.

Parallel liegt ein besonderer Schwerpunkt auf dem energie-effizienten Bauen und Sanieren. Die „Altbautage“ sowie die „Passivhaus EXPO“ knüpfen an das erfolgreiche Konzept der Böblinger Veranstaltung an. Neu sind die Sonderthemen „HOLZBAU“ und „SOLARES BAUEN“.

Die „Altbautage“ richten sich mit dem Thema „energie-effiziente Altbausanierung“ vor allem an Hausbesitzer, die ihr Eigenheim umbauen oder sanieren möchten. Kostenlose Vorträge und Workshops vermitteln Tipps und Tricks, „aus alt neu“ zu machen.

Eine individuelle Energieberatung bietet den Messebesuchern Problemlösungen an – Themen sind z.B. Finanzierung und Förderung, Heizen mit Sonne und Holz, Fenster, Wärmedämmung u.v.m.

Ausstellerforum, Vorführungen sowie technische Highlights zum Staunen und Anfassen bilden das Rahmenprogramm der „RENEXPO“ und sorgen neben fundierter Fachinformation für Abwechslung und Unterhaltung.

Der zweitägige Kongress spricht parallel zur Messe mit hochkarätigen Veranstaltungsblöcken Handwerker, Kommunen, Architekten, Ingenieure, Energieberater, Bauherren, Vertreter aus Wirtschaft und Industrie sowie alle, die sich für die Energieversorgung der Zukunft interessieren, an.

Die „RENEXPO 2003“ schafft eine Plattform für Austausch und Diskussion zu hochaktuellen Themen. Damit richtet sie sich sowohl an Fachbesucher als auch an Endverbraucher.

Kongressprogramm: <http://www.energieserver.de/aktuell/ccount.php?P=14>

### **27.06. - 29.06.2003, Berlin: MCPLANET.COM - Die Umwelt in der Globalisierungsfalle**

Bundesweiter Großkongress von Attac, BUND und Greenpeace, in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in der Technische Universität Berlin.

Unser Planet - ein Wegwerfprodukt? Wie viel muss der Norden abspecken, damit der Süden zulegen kann, ohne dass der Planet aus allen Nähten platzt? Sind ökologische und soziale Standards unerlässlich für die Rettung der Erde, oder schützen sie nur unsere Märkte und unseren Wohlstand? Wer soll die Macht über Wasser, Energie und genetische Ressourcen haben? Globale Multis in Selbstregulation? Internationale Institutionen mit global verbindlichen Regeln? Oder doch die lokale Bevölkerung?

McPlanet.com ist der Kongress zu allem, was an der Schnittstelle von Umwelt und Globalisierung relevant und spannend ist. Die über 1.000 erwarteten TeilnehmerInnen sollen sich austauschen können, miteinander diskutieren und voneinander lernen. Der Kongress will Kontroversen aufgreifen, provozieren und auch mobilisieren. Auf sechs großen Panels diskutieren UmweltschützerInnen und GlobalisierungskritikerInnen mit internationalen Gästen; dazwischen bieten Dutzende Foren, Workshops und Seminare die Gelegenheit, Themen wie Welthandel, Umweltgerechtigkeit oder alternative Lebensstile zu vertiefen.

Programm, praktische Hinweise und online-Anmeldung finden sich unter <http://www.mcplanet.com>.

### **11.09.03, Berlin: Von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft**

Bei dieser Veranstaltung werden Anselm Görrer und Kai Schlegelmilch mit Vorträgen vertreten sein. Veranstaltung der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. und des Fördervereins Ökologische Steuerreform zum „Tag der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ im Umweltbundesamt.

Anmeldungen an: Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., Bonn, Geschäftsstelle: Siemensring 54, 76761 Rülzheim, Tel. 07272/3648 Fax 07272/76612, <mailto:Stiftung-fuer-Oekologie-u->

[Demo@t-online.de](mailto:Demo@t-online.de), <http://www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de>

### ***11.11. – 14.11.03, Wittenberg: Workshop "Business and Emissions Trading"***

Vom 11. - 14. November findet in Wittenberg ein internationaler Workshop "Business and Emissions Trading" speziell für Nachwuchswissenschaftler [Habilitation(inn)en, Junior-/Assistenzprofessor(inn)en, Leiter(inn)en von Forschergruppen, Post-/Doktorand(inn)en, PhD-Student-(inn)en, PhD-Fellows] statt.

Veranstalter des Workshops sind der Lehrstuhl für Betriebliches Umweltmanagement (Prof. Dr. H.-U. Zabel) und die Professur für Umweltökonomik (Prof. Dr. B. Hansjürgens) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie die Arbeits-

gruppe "OR im Umweltmanagement" in der Gesellschaft für Operations Research/GOR (Prof. Dr. P. Letmathe, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre III: Umweltökonomie der Universität Siegen).

Die Teilnehmeranzahl ist auf maximal 20 Teilnehmerinnen/Teilnehmer begrenzt. Als Gastredner und Diskussionsteilnehmer konnten international renommierte Forscherinnen und Forscher gewonnen werden. Die Details können der Homepage des Lehrstuhls für Betriebliches Umweltmanagement der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (auf der Menüleiste links "Workshop Emissions Trading" anklicken) entnommen werden. Dort sind auch weitere Links und Informationen enthalten bzw. werden fortlaufend ergänzt:

<http://www.wiwi.uni-halle.de/loi/bwl/umwelt/>

## **11. FÖS: IN EIGENER SACHE**

### ***Anders Wijkman neues Beiratsmitglied***

Anders Wijkman, Mitglied der schwedischen Christdemokraten im Europäischen Parlament, konnte als neues Beiratsmitglied gewonnen werden. Er wurde am 30. September 1944 in Stockholm geboren und ist Mitglied des Club of Rome, des International Factor 10 Club, der World Academy of Art and Science und der Königlich-Schwedischen Akademie der Wissenschaften – und natürlich Verfechter der ÖSR!

### ***Neue Ausgabe der GreenBudgetNews***

Im April ist die zweite Ausgabe unseres englischsprachigen Newsletters GreenBudgetNews erschienen. Wir und unsere Kooperationspartner berichten über die EU-Energiesteuer-Harmonisierung und die neuesten Entwicklungen in Österreich, Spanien, Schweden und vielen anderen Länder. Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf den osteuropäischen Ländern, z.B. erfahren Sie, wie es in Tschechien mit der ÖSR weitergeht. Sie finden den Newsletter unter <http://www.foes-ev.de/2newsmit/newseng/GBN2.html> oder <http://www.eco-tax.info/2newsmit/newseng/GBN2.html>.

### ***Haben Sie eine neue Adresse oder Email?***

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Forsuchen nach korrekten email-Adressen oder Postanschriften, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder andere wichtige aktuelle Mitteilungen zu verpassen!

### ***Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?***

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newsletters sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000.

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter

<http://www.foes-ev.de/9kontakt/index.html>.

*Wie kann der Newsletter  
noch besser werden?*

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-Hinweise oder

Links, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr (<mailto:foes@foes-ev.de>).